

Beschluss Abschnitt 3, Unterabschnitt 1: Die Mitgliederversammlung

Antragsteller*in: Christina Markfort (BuVo)
Tagesordnungspunkt: 9.1. Satzungsändernde Anträge

Antragstext

1 Abschnitt 3: Organe des Bundesverbands

2 § 8 Organe

3 Campusgrün hat folgende Organe:

- 4 1. die Mitgliederversammlung (§§ 9 - 15)
- 5 2. den Bundesvorstand (§§ 16 - 20)
- 6 3. das Bundesschiedsgericht (§ 21)

7 Unterabschnitt 1: Die Mitgliederversammlung

8 § 9 Zusammensetzung

9 (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste beschlussfassende Organ von
10 Campusgrün. Sie setzt sich aus bis zu zwei Delegierten jeder anwesenden
11 Mitgliedsgruppe zusammen. Delegierte sind von der Mitgliedsgruppe bestimmte
12 Vertreter*innen, die für die Mitgliederversammlung mit Stimmberechtigung
13 ausgestattet wurden.

14 (2) Damit eine Mitgliedsgruppe stimmberechtigt ist, muss mindestens eine Frau,
15 inter, nicht-binäre, trans oder agender Person (FINTA* Person) Teil der
16 Delegation sein.

17 (3) Mitglieder einer Studentenverbindung oder ähnlicher Organisationen können
18 nicht Teil einer Delegation sein.

19 (4) Über die Delegierten entscheiden die Mitgliedsgruppen eigenverantwortlich.

20 (5) Die Mitgliederversammlung tagt öffentlich. Gäste können im begründeten
21 Einzelfall mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden.

22 § 10 Zusammentreten und Ladung

23 (1) Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Semester zusammen. Sie
24 wird mindestens vier Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung und der
25 vorliegenden Anträge durch den Bundesvorstand einberufen. Der Bundesvorstand
26 soll bei den Mitgliederversammlungen anwesend sein.

27 (2) Auf Beschluss des Bundesvorstandes oder auf Initiative von mindestens 20
28 Prozent der Mitgliedsgruppen wird eine außerordentliche Mitgliederversammlung
29 einberufen. Die Ladungsfrist beträgt hierbei zwei Wochen.

30 (3) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn fristgerecht eingeladen
31 wurde und Delegierte von mindestens einem Zehntel der Mitgliedsgruppen anwesend
32 sind. Sie bleibt so lange beschlussfähig, bis die Beschlussunfähigkeit auf
33 Antrag einer*ines Delegierten festgestellt wird.

34 § 11 Aufgaben der Mitgliederversammlung

35 (1) Die Mitgliederversammlung

- 36 1. beschließt und ändert das Grundsatzprogramm mit Zweidrittelmehrheit,
- 37 2. nimmt Berichte des Bundesvorstandes entgegen,
- 38 3. beschließt mit einfacher Mehrheit über eingebrachte Anträge (§ 12),
- 39 4. beschließt mit absoluter Mehrheit den Haushalt (§ 23),
- 40 5. wählt und entlastet den Bundesvorstand mit absoluter Mehrheit (§ 18),
- 41 6. beschließt und ändert die Satzung mit einer Zweidrittelmehrheit,
- 42 7. wählt mit einfacher Mehrheit zwei gleichberechtigte Rechnungsprüfer*innen
43 (§ 25),
- 44 8. wählt eine*n Datenschutzbeauftragte*n (§ 22),
- 45 9. beschließt die Finanzordnung (§ 24) und die Wahlordnung mit absoluter
46 Mehrheit, sowie die Schiedsgerichtsordnung mit Zweidrittelmehrheit (§ 21
47 Abs. 6)
- 48 10. gibt sich mit einfacher Mehrheit eine Geschäftsordnung,
- 49 11. wählt das Bundesschiedsgericht mit absoluter Mehrheit (§ 21)
- 50 12. beschließt über die Auflösung von Campusgrün in einer eigens dafür
51 einberufenen Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit (§ 26).

52 (2) Mitglieder von Studentenverbindungen sind von der Kandidatur für Ämter oder
53 Positionen im Campusgrün Bundesverband ausgeschlossen.

54 (3) Die Mitgliederversammlung beschließt zu Beginn jeder Zusammenkunft die
55 Tagesordnung mit einfacher Mehrheit. Weiterhin sind Sitzungsleitung und
56 Protokollant*innen zu bestimmen. Diese sollen nicht dem Bundesvorstand
57 angehören.

58 § 12 Beschlüsse und Anträge

59 (1) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind zu protokollieren und den
60 Mitgliedern innerhalb von vier Wochen bekannt zu geben. Die Niederschrift ist
61 von einem Mitglied des geschäftsführenden Vorstands zu unterzeichnen.

- 62 (2) Antragsberechtigt sind
- 63 1. die Mitgliedsgruppen,
- 64 2. mindestens zwei Mitglieder von Mitgliedsgruppen,
- 65 3. die Landesverbände,
- 66 4. die Delegierten der Mitgliedsgruppen,
- 67 5. der Bundesvorstand, sowie dessen einzelne Mitglieder
- 68 6. die FINTA*-Versammlung,
- 69 7. die*der Rechnungsprüfer*in und
- 70 8. die*der organisatorische Geschäftsführer*in
- 71 9. der*die Datenschutzbeauftragte

72 § 13 Antragsfristen

73 (1) Anträge zu Mitgliederversammlungen sind spätestens zwei Wochen vor der
74 Versammlung beim Bundesvorstand einzureichen. Änderungsanträge hierzu können
75 jederzeit gestellt werden. Die Anträge sind den Hochschulgruppen zwei Wochen vor
76 der Mitgliederversammlung elektronisch zuzustellen.

77 (2) Anträge können in Form von Dringlichkeitsanträgen jederzeit gestellt werden;
78 die Dringlichkeit ist hierbei gesondert zu begründen.

79 (3) Anträge, mit denen die Satzung, die Schiedsgerichtsordnung, die Wahlordnung
80 oder die Finanzordnung geändert werden soll, können keine Dringlichkeitsanträge
81 sein. Änderungsanträge zu solchen Anträgen sind jederzeit zulässig.

82 (4) Näheres regelt die Geschäftsordnung.

83 § 14 Frauen, inter, nicht-binär, trans, agender Personen-Versammlung (FINTA*
84 Versammlung)

85 (1) Auf Antrag einer FINTA*-Person beschließen alle FINTA*-Delegierten, ob sie
86 eine FINTA*-Versammlung abhalten wollen. Darüber wird in Abwesenheit der
87 sonstigen Mitglieder beraten und abgestimmt. Der Beschluss wird mit der
88 einfachen Mehrheit der Stimmen gefasst. Die FINTA*-Versammlung findet unter
89 Ausschluss der sonstigen Anwesenden statt. Währenddessen ist die
90 Mitgliederversammlung unterbrochen.

91 (2) Die FINTA*-Versammlung kann

- 92 1. mit der Mehrheit der anwesenden Personen ein FINTA*-Votum beschließen,
93 welches der Bundesmitgliederversammlung anschließend vorgetragen wird.
- 94 2. mit absoluter Mehrheit beschließen, einen Antrag auf die nächste
95 Mitgliederversammlung zu vertagen. Eine erneute Vertagung durch die
96 FINTA*-Versammlung ist nicht möglich. Die Mitgliederversammlung kann
97 beschließen, den Antrag nicht erneut zu behandeln.

98 (3) Auf Antrag einer FINTA*-Person findet vor der Abstimmung eines Antrags durch
99 die Mitgliederversammlung eine gesonderte Abstimmung unter FINTA*-Personen
100 statt, das Ergebnis hat keine bindende Wirkung. Die Möglichkeit den Antrag durch
101 ein FINTA*-Plenum zu vertagen bleibt davon unberührt.

102 § 15 Sondervoten

103 (1) Auf Antrag einer Person, die von einem Antrag auf der Tagesordnung der
104 Bundesmitgliederversammlung insbesondere aufgrund von Ableismus, Antisemitismus,
105 Klassismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit oder vergleichbaren Diskriminierungen
106 betroffen ist, muss der Bundesvorstand vor der betreffenden
107 Bundesmitgliederversammlung ein Plenum für von der Sachfrage ebenfalls
108 betroffene Personen einrichten.

109 (2) Der Antrag muss spätestens eine Woche vor der Bundesmitgliederversammlung
110 gestellt werden.

111 (3) Das Plenum der Betroffenen kann zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt ein
112 Votum beschließen, welches die Sitzungsleitung vor Eröffnung des
113 Tagesordnungspunkts auf der Bundesmitgliederversammlung zu verlesen hat.

114 (4) Im Falle von Dringlichkeitsanträgen kann ein Plenum nach Absatz 1 nach der
115 Bundesmitgliederversammlung einberufen werden. Die Versammlung kann ein Votum
116 nach Absatz 3 beschließen und dieses optional mit einem Aufhebungsantrag
117 hinsichtlich des entsprechenden Antrags verbinden. Ein solches Votum wird vom
118 Präsidium auf der folgenden Bundesmitgliederversammlung verlesen.